

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. März 1992 zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee

A. Zielsetzung

Viele Kleinwalarten in der Nord- und Ostsee sind u. a. aufgrund der starken Meeresverschmutzung in ihrem Bestand gefährdet. Um diese Tiere als einen wesentlichen Bestandteil der beiden Meere zu retten, ist es dringend notwendig, in enger internationaler Zusammenarbeit Maßnahmen zur Verbesserung der Meeresumwelt durchzuführen.

B. Lösung

Im Rahmen des Bonner Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten vom 29. Juni 1979 können sogenannte „Regionalabkommen“ zum Schutz bestimmter Tierarten in ihrem Verbreitungsgebiet abgeschlossen werden. Das vorliegende Abkommen gilt für alle Kleinwalarten in Nord- und Ostsee. Es verpflichtet die Vertragsstaaten, Maßnahmen zur Verhütung der Freisetzung von Schadstoffen in die Meere zu ergreifen. Im Rahmen der Hege von Kleinwalen soll verstärkt darauf geachtet werden, daß die bestehenden Fischfangmethoden hinsichtlich der Problematik von Beifängen geändert werden.

Ein weiterer Maßnahmenkatalog besteht in der gemeinsamen Erforschung der Walpopulationen und ihres Verbreitungsgebietes. Die Untersuchungen sollen u. a. neue Erkenntnisse über Populationsstrukturen, Lebensraumerfordernisse sowie Ernährungszusammenhänge und Artverbreitung liefern. Daneben wird ein Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Mit Inkrafttreten des Abkommens für die Bundesrepublik Deutschland sind Beiträge für den Haushalt des Abkommens zu zahlen, die in Anlehnung an den Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen (derzeit 8,93%) errechnet werden.

Der auf die Bundesrepublik entfallende Anteil kann z. Z. noch nicht beziffert werden, da noch kein Haushaltsentwurf für das Regionalabkommen aufgestellt worden ist. Nach heutigen Schätzungen wird sich der Gesamthaushalt etwa auf jährlich 30000 englische Pfund belaufen. Über die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Beträge wird zu gegebener Zeit im normalen Haushaltsverfahren zu entscheiden sein. Wegen der Geringfügigkeit dieser Beiträge im Verhältnis zum gesamten Bundeshaushalt sind keine Auswirkungen auf das Zins- und Preisniveau zu erwarten.

Für die Haushalte der Länder und Gemeinden entstehen keine Ausgaben. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau, Preisniveau und auf die Einzelpreise, da Wale in der Bundesrepublik Deutschland nicht handelsrelevant sind und auch zu sonstigen Zwecken nicht käuflich erworben werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (321) – 235 00 – Wa 102/92

Bonn, den 3. Dezember 1992

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. März 1992 zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 649. Sitzung am 27. November 1992 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 31. März 1992
zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee

Vom

1992

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 9. April 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen vom 31. März 1992 zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft kann auf Antrag abweichend von § 20g Abs. 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes für Forschungszwecke Ausnahmen von den Verboten des § 20f Abs. 1 Nr. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes zulassen, wenn Kleinwale im Sinne von Nummer 1.2 Buchstabe a des Abkommens von einem Schiff aus, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer der Natur entnommen werden sollen. Die Ausnahmen sind räumlich und zeitlich zu beschränken und dürfen die Erhaltung der betreffenden Art nicht gefährden. Zu Forschungszwecken gefangene Tiere sind nach Abschluß der Forschungen in die Freiheit zu entlassen, sobald sie sich dort selbständig erhalten können.

Artikel 3

Koordinierungsbehörde im Sinne der Nummer 2.3 des Abkommens ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Artikel 4

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seiner Nummer 8.5 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Regionalabkommen enthält in seiner Anlage Verbotregelungen hinsichtlich der Entnahme von Kleinwalen aus der Natur. Solche Regelungen sind teilweise bereits in § 20f des Bundesnaturschutzgesetzes enthalten, da die Kleinwale nach § 20e Abs. 3 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes besonders geschützte Arten sind. Das Bundesnaturschutzgesetz regelt jedoch nicht, welche Behörde für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 20g Abs. 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes für die Entnahme aus der Natur außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer zuständig ist.

Das Zustimmungsgesetz zur Bonner Konvention erfaßt diesen Tatbestand nur für Arten des Anhangs I der Bonner Konvention und das Zustimmungsgesetz zur Berner Konvention nur für einige Kleinwalarten.

Artikel 2 regelt deshalb, daß das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft, das diese Aufgabe bereits für Arten des Anhangs I der Bonner Konvention und für Arten des Anhangs II der Berner Konvention wahrnimmt, zuständig ist für die Erteilung von Genehmigungen für die Entnahme von Kleinwalen aus der Natur von Schiffen aus, die unter Bundesflagge außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer fahren.

Darüber hinaus bestimmt diese Vorschrift, daß abweichend von § 20g Abs. 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes Ausnahmen nur für Forschungszwecke zulässig sind und daß die für Forschungszwecke gefangenen Tiere in die Freiheit wieder zu entlassen sind.

Die sich aus der Anlage zum Regionalabkommen ergebende Verpflichtung der Vertragsparteien, alle lebend gefangenen, gesunden Tiere, auch wenn sie nicht absichtlich gefangen wurden, z. B. Beifänge, sofort wieder freizusetzen, ist bereits in § 20f des Bundesnaturschutzgesetzes

enthalten, da für Tiere besonders geschützter Arten die Verbote des Fangens und der Inbesitznahme gelten.

Zu Artikel 3

Zu den Aufgaben gemäß Nummer 2.3 gehören die Koordinierung und Überwachung der Tätigkeiten im Rahmen des Abkommens sowie die Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und dem Beratenden Ausschuß.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seiner Nummer 8.5 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

- a) Mit Inkrafttreten des Abkommens für die Bundesrepublik Deutschland sind Beiträge für den Haushalt des Abkommens zu zahlen, die in Anlehnung an den Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen (derzeit 8,93%) errechnet werden. Der auf die Bundesrepublik entfallende Anteil kann z. Z. noch nicht beziffert werden, da noch kein Haushaltsentwurf für das Regionalabkommen aufgestellt worden ist. Nach heutigen Schätzungen wird sich der Gesamthaushalt etwa auf jährlich 30 000 englische Pfund belaufen. Über die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Beträge wird zu gegebener Zeit im normalen Haushaltsverfahren zu entscheiden sein. Wegen der Geringfügigkeit dieser Beiträge im Verhältnis zum gesamten Bundeshaushalt sind keine Auswirkungen auf das Zins- und Preisniveau zu erwarten.
- b) Für die Haushalte der Länder und Gemeinden entstehen keine Ausgaben.
- c) Es ergeben sich keine Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau, Preisniveau und auf die Einzelpreise, da Wale in der Bundesrepublik Deutschland nicht handelsrelevant sind und auch zu sonstigen Zwecken nicht käuflich erworben werden.

**Abkommen
zur Erhaltung der Kleinwale
in der Nord- und Ostsee**

**Agreement
on the Conservation of Small Cetaceans
of the Baltic and North Seas**

**Accord
sur la conservation des petits cétacés
de la mer Baltique et de la mer du Nord**

Die Vertragsparteien –

eingedenk der allgemeinen Grundsätze der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Naturschätze, wie sie in der Weltstrategie für die Erhaltung der Natur der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und dem Welt-Naturfonds (WWF) sowie dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung zum Ausdruck kommen;

in der Erkenntnis, daß Kleinwale ein wesentlicher Bestandteil der Meeres-Ökosysteme sind und bleiben sollten;

in dem Bewußtsein, daß sich die Population der Schweinswale in der Ostsee drastisch verringert hat;

besorgt über die Erhaltungssituation der Kleinwale in der Nord- und Ostsee;

in der Erkenntnis, daß Beifänge, Verschlechterung des Lebensraums und Störungen diese Populationen nachteilig beeinflussen können;

überzeugt, daß ihre gefährdete und weitgehend unklare Erhaltungssituation sofortiger Beachtung bedarf, um diese Situation zu verbessern und Informationen als Grundlage für folgerichtige Beschlüsse über Hege, Nutzung und Erhaltung zu sammeln;

im Vertrauen darauf, daß die dazu zu treffenden Maßnahmen am besten zwischen den betroffenen Staaten abgestimmt werden, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen und Doppelarbeit zu vermeiden;

im Bewußtsein der Bedeutung der Weiterführung von Tätigkeiten auf dem Meer wie dem Fischfang;

The Parties,

Recalling the general principles of conservation and sustainable use of natural resources, as reflected in the World Conservation Strategy of the International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources, the United Nations Environment Programme, and the World Wide Fund for Nature, and in the report of the World Commission on Environment and Development,

Recognizing that small cetaceans are and should remain an integral part of marine ecosystems,

Aware that the population of harbour porpoises of the Baltic Sea has drastically decreased,

Concerned about the status of small cetaceans in the Baltic and North Seas,

Recognizing that by-catches, habitat deterioration and disturbance may adversely affect these populations,

Convinced that their vulnerable and largely unclear status merits immediate attention in order to improve it and to gather information as a basis for sound decisions on management and conservation,

Confident that activities for that purpose are best coordinated between the States concerned in order to increase efficiency and avoid duplicate work,

Aware of the importance of maintaining maritime activities such as fishing,

Les Parties,

Rappelant les principes généraux de la conservation et de l'utilisation durable des ressources naturelles formulés dans la Stratégie mondiale de la conservation de l'Union internationale pour la conservation de la nature et de ses ressources, le Programme des Nations Unies pour l'environnement et le Fonds mondial pour la nature, ainsi que dans le rapport de la Commission mondiale de l'environnement et du développement,

Reconnaissant que les petits cétacés sont et doivent demeurer une partie intégrante des écosystèmes marins,

Conscientes du fait que la population de marsouins des ports de la mer Baltique a considérablement diminué,

Préoccupées par la situation des petits cétacés dans la mer Baltique et la mer du Nord,

Reconnaissant que les prises accessoires, la dégradation de l'habitat et les perturbations peuvent avoir un effet néfaste sur ces populations,

Convaincues que leur état précaire et très mal défini mérite une attention immédiate en vue de son amélioration et de la collecte d'informations pouvant servir de base à des décisions judicieuses en matière de gestion et de conservation,

Persuadées que la coordination des activités tendant à cette fin sera assurée plus efficacement par les Etats concernés aux fins d'améliorer leur efficacité et d'éviter les doubles emplois,

Conscientes de la nécessité de maintenir des activités maritimes telles que la pêche,

eingedenk dessen, daß aufgrund des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (Bonn 1979) die Vertragsparteien aufgefordert werden, Abkommen über wildlebende Tiere zu schließen, die periodisch nationale Zuständigkeitsgrenzen überqueren, sowie

eingedenk dessen, daß im Rahmen des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Bern 1979) alle Kleinwale, die sich regelmäßig in der Nord- und Ostsee aufhalten, in Anhang II als streng geschützte Arten aufgeführt sind;

unter Bezugnahme auf die Vereinbarung über Kleinwale in der Nordsee, die von den auf der Dritten Internationalen Nordseeschutzkonferenz anwesenden Ministern unterzeichnet wurde –

sind wie folgt übereingekommen:

1. **Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen**
 - 1.1. Dieses Abkommen gilt für alle Kleinwale, die sich im Abkommensgebiet aufhalten.
 - 1.2. Im Sinne dieses Abkommens
 - a) bedeutet „Kleinwale“ alle Arten, Unterarten oder Populationen der Zahnwale Odontoceti mit Ausnahme des Pottwals *Physeter macrocephalus*;
 - b) bedeutet „Abkommensgebiet“ die Meeresumwelt der Nord- und Ostsee, begrenzt im Nordosten durch die Küsten des Bottnischen und des Finnischen Meerbusens, im Südwesten durch die Breite 48° 30' N und die Länge 5° W, im Nordwesten durch die Länge 5° W und die durch die folgenden Punkte gezogene Linie: Breite 60° N/Länge 5° W, Breite 61° N/Länge 4° W und Breite 62° N/Länge 3° W und im Norden durch die Breite 62° N und einschließlich des Kattegat, des Sundes und der Belte, jedoch ausschließlich der Gewässer zwischen Kap Wrath und St. Anthony Head;
 - c) bedeutet „Bonner Übereinkommen“ das Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (Bonn 1979);
 - d) bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ eine von souveränen Staaten gebildete Organisation, die für die Aushandlung, den Abschluß und die Anwendung

Recalling that under the Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals (Bonn 1979), Parties are encouraged to conclude agreements on wild animals which periodically cross national jurisdictional boundaries,

Recalling also that under the provisions of the Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats (Bern 1979), all small cetaceans regularly present in the Baltic and North Seas are listed in its Appendix II as strictly protected species, and

Referring to the Memorandum of Understanding on Small Cetaceans in the North Sea signed by the Ministers present at the Third International Conference on the Protection of the North Sea,

have agreed as follows:

1. **Scope and interpretation**
 - 1.1. This agreement shall apply to all small cetaceans found within the area of the agreement.
 - 1.2. For the purpose of this agreement:
 - (a) „Small cetaceans“ means any species, subspecies or population of toothed whales Odontoceti, except the sperm whale *Physeter macrocephalus*;
 - (b) „Area of the agreement“ means the marine environment of the Baltic and North Seas, as delimited to the north-east by the shores of the Gulfs of Bothnia and Finland; to the south-west by latitude 48° 30' N and longitude 5° W; to the north-west by longitude 5° W and a line drawn through the following points: latitude 60° N/longitude 5° W, latitude 61° N/longitude 4° W, and latitude 62° N/longitude 3° W; to the north by latitude 62° N; and including the Kattegat and the Sound and Belt passages but excluding the waters between Cape Wrath and St Anthony Head;
 - (c) „Bonn Convention“ means the Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals (Bonn 1979);
 - (d) „Regional Economic Integration Organization“ means an organization constituted by sovereign States which has competence in respect of the negotiation, conclusion and ap-

Rappelant qu'aux termes de la Convention sur la conservation des espèces migratrices appartenant à la faune sauvage (Bonn, 1979), les Parties ont été encouragées à conclure des accords sur les animaux appartenant à la faune sauvage qui franchissent périodiquement les limites de la juridiction nationale,

Rappelant également que, selon les dispositions de la Convention relative à la conservation de la vie sauvage et du milieu naturel de l'Europe (Berne, 1979), tous les petits cétacés régulièrement présents dans la mer Baltique et la mer du Nord figurent dans son Appendice II comme étant des espèces strictement protégées, et

Se référant au Mémorandum d'accord sur les petits cétacés de la mer du Nord, signé par les ministres présents à la troisième Conférence internationale sur la protection de la mer du Nord,

Sont convenues de ce qui suit:

1. **Portée et interprétation**
 - 1.1. Le présent Accord s'applique à tous les petits cétacés se trouvant dans la zone couverte par l'Accord.
 - 1.2. Aux fins du présent Accord,
 - a) L'expression «petits cétacés» désigne toutes les espèces, sous-espèces ou populations de cétacés denticètes, Odontoceti, à l'exception du cachalot *Physeter macrocephalus*;
 - b) La «zone couverte par l'Accord» désigne le milieu marin de la mer Baltique et de la mer du Nord, délimité au nord-est par les côtes des golfes de Botnie et de Finlande; au sud-ouest par la latitude 48° 30' N et la longitude 5° O; au nord-ouest par la longitude 5° O et une ligne reliant les points suivants: latitude 60° N/longitude 5° O, latitude 61° N/longitude 4° O, et latitude 62° N/longitude 3° O; au nord par la latitude 62° N; et incluant les détroits du Kattegat, du Sund et des Belts mais excluant les eaux comprises entre le cap Wrath et St. Anthony Head;
 - c) L'expression «Convention de Bonn» désigne la Convention sur la conservation des espèces migratrices appartenant à la faune sauvage (Bonn, 1979);
 - d) L'expression «organisation d'intégration économique régionale» désigne une organisation constituée par des Etats souverains ayant compétence pour négocier, conclure et appliquer des

internationaler Übereinkünfte über Angelegenheiten zuständig ist, die in den Geltungsbereich dieses Abkommens fallen;

e) bedeutet „Vertragspartei“ einen Arealstaat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, für den oder die dieses Abkommen in Kraft ist;

f) bedeutet „Arealstaat“ jeden Staat, gleichviel ob er Vertragspartei ist oder nicht, der über einen Teil des Verbreitungsgebiets einer von diesem Abkommen erfaßten Art Hoheitsrechte ausübt, und jeden Staat, unter dessen Flagge Schiffe fahren, die außerhalb nationaler Zuständigkeitsgrenzen, aber innerhalb des Abkommensgebiets Tätigkeiten durchführen, die Kleinwale nachteilig beeinflussen;

g) bedeutet „Sekretariat“ das Sekretariat dieses Abkommens, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt.

plication of international agreements in matters covered by this agreement;

(e) "Party" means a range State or any Regional Economic Integration Organization for which this agreement is in force;

(f) "Range State" means any State, whether or not a Party to the agreement, that exercises jurisdiction over any part of the range of a species covered by this agreement, or a State whose flag vessels, outside national jurisdictional limits but within the area of the agreement, are engaged in operations adversely affecting small cetaceans;

(g) "Secretariat" means, unless the context otherwise indicates, the Secretariat to this agreement.

accords internationaux dans les matières couvertes par le présent Accord;

e) Le terme «Partie» désigne un Etat de l'aire de répartition ou toute organisation d'intégration économique régionale à l'égard desquels le présent Accord est en vigueur;

f) L'expression «Etat de l'aire de répartition» désigne tout Etat, qu'il soit ou non partie à l'Accord, qui exerce sa juridiction sur une partie quelconque de l'aire de répartition d'une espèce couverte par le présent Accord, ou un Etat dont les navires battant son pavillon, en dehors des limites de sa juridiction nationale mais dans la zone couverte par le présent Accord, sont engagés dans des activités ayant une incidence dommageable pour les petits cétacés;

g) Le terme «Secrétariat» désigne, sauf exigence contraire du contexte, le Secrétariat du présent Accord.

2. Zweck und grundlegende Regelungen

2.1. Die Vertragsparteien verpflichten sich, eng zusammenzuarbeiten, um eine günstige Erhaltungssituation für Kleinwale herbeizuführen und aufrechtzuerhalten.

2.2. Insbesondere wendet jede Vertragspartei innerhalb ihrer Zuständigkeitsgrenzen und in Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen die in der Anlage vorgeschriebenen Erhaltungs-, Forschungs-, Hege- und Nutzungsmaßnahmen an.

2.3. Jede Vertragspartei bestimmt für die Tätigkeiten im Rahmen dieses Abkommens eine Koordinierungsbehörde.

2.4. Die Vertragsparteien richten spätestens auf ihrer ersten Tagung ein Sekretariat und einen Beratenden Ausschuß ein.

2.5. Jede Vertragspartei legt dem Sekretariat bis zum 31. März eines jeden Jahres, erstmals im ersten vollen Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens für die betreffende Vertragspartei, einen Kurzbericht vor. Der Bericht stellt die während des vergangenen Kalenderjahres bei der Durchführung des Abkommens erzielten Fortschritte und aufgetretenen Schwierigkeiten dar.

2.6. Dieses Abkommen berührt nicht das Recht einer Vertragspartei, strengere Maßnahmen zur Erhaltung der Kleinwale zu treffen.

2. Purpose and basic arrangements

2.1. The Parties undertake to cooperate closely in order to achieve and maintain a favourable conservation status for small cetaceans.

2.2. In particular, each Party shall apply within the limits of its jurisdiction and in accordance with its international obligations, the conservation, research and management measures prescribed in the Annex.

2.3. Each Party shall designate a Coordinating Authority for activities under this agreement.

2.4. The Parties shall establish a Secretariat and an Advisory Committee not later than at their first Meeting.

2.5. A brief report shall be submitted by each Party to the Secretariat not later than 31 March each year, commencing with the first complete year after the entry into force of the agreement for that Party. The report shall cover progress made and difficulties experienced during the past calendar year in implementing the agreement.

2.6. The provisions of this agreement shall not affect the rights of a Party to take stricter measures for the conservation of small cetaceans.

2. Objet et dispositions fondamentales

2.1. Les Parties s'engagent à coopérer étroitement en vue de réaliser et de maintenir un état de conservation favorable pour les petits cétacés.

2.2. En particulier, chacune des Parties appliquera, dans les limites de sa juridiction et en conformité avec ses obligations internationales, les mesures de conservation, de recherche et de gestion prescrites à l'Annexe.

2.3. Chacune des Parties désignera une autorité de coordination pour les activités prévues par le présent Accord.

2.4. Les Parties mettront en place un secrétariat et un comité consultatif au plus tard lors de leur première réunion.

2.5. Un rapport concis sera remis par chacune des Parties au Secrétariat, le 31 mars de chaque année au plus tard, à compter de la première année écoulée suivant l'entrée en vigueur de l'Accord pour ladite Partie. Ce rapport devra porter sur les progrès accomplis et les difficultés rencontrées dans la mise en œuvre de l'Accord au cours de l'année civile écoulée.

2.6. Les dispositions du présent Accord n'affectent pas le droit d'une Partie de prendre des mesures plus strictes pour la conservation des petits cétacés.

3. Die Koordinierungsbehörde

- 3.1. Die Tätigkeiten jeder Vertragspartei werden durch ihre Koordinierungsbehörde koordiniert und überwacht, die als Kontaktstelle für das Sekretariat und den Beratenden Ausschuß bei deren Arbeit dient.

4. Das Sekretariat

- 4.1. Das Sekretariat fördert und koordiniert aufgrund der Weisungen der Tagungen der Vertragsparteien die nach Artikel 6.1 durchgeführten Tätigkeiten und berät und unterstützt die Vertragsparteien und ihre Koordinierungsbehörden in engem Benehmen mit dem Beratenden Ausschuß.
- 4.2. Insbesondere hat das Sekretariat die Aufgabe, den Informationsaustausch zu erleichtern und an der Koordinierung der Überwachung und Forschung unter den Vertragsparteien sowie zwischen den Vertragsparteien und internationalen Organisationen, die sich mit ähnlichen Tätigkeiten befassen, mitzuwirken, Tagungen zu veranstalten sowie die Vertragsparteien, die in Artikel 6.2.1 bezeichneten Beobachter und den Beratenden Ausschuß zu unterrichten, Vorschläge für Änderungen dieses Abkommens und seiner Anlage zu koordinieren und zu verteilen und den Koordinierungsbehörden bis zum 30. Juni eines jeden Jahres eine Zusammenfassung der nach Artikel 2.5 eingereichten Berichte der Vertragsparteien sowie eine kurze Darstellung seiner eigenen Tätigkeiten während des vergangenen Kalenderjahrs einschließlich eines Finanzberichts vorzulegen.
- 4.3. Das Sekretariat legt jeder Tagung der Vertragsparteien einen zusammenfassenden Bericht vor, der unter anderem die seit der letzten Tagung der Vertragsparteien erzielten Fortschritte und aufgetretenen Schwierigkeiten beschreibt. Eine Abschrift dieses Berichts wird dem Sekretariat des Bonner Übereinkommens zur Unterrichtung der Vertragsparteien jenes Übereinkommens vorgelegt.
- 4.4. Das Sekretariat wird einer öffentlichen Einrichtung einer Vertragspartei oder einem internationalen Gremium angegliedert, und diese Einrichtung oder dieses Gremium ist Arbeitgeber des Sekretariatspersonals.

5. Der Beratende Ausschuß

- 5.1. Die Tagung der Vertragsparteien setzt einen Beratenden Ausschuß ein, der das Sekretariat und die Vertragsparteien über die Erhaltung,

3. The Coordinating Authority

- 3.1. The activities of each Party shall be coordinated and monitored through its Coordinating Authority which shall serve as the contact point for the Secretariat and the Advisory Committee in their work.

4. The Secretariat

- 4.1. The Secretariat shall, following instructions provided by the meetings of the Parties, promote and coordinate the activities undertaken in accordance with Article 6.1 of this agreement and shall, in close consultation with the Advisory Committee, provide advice and support to the Parties and their Coordinating Authorities.
- 4.2. In particular, the Secretariat shall: facilitate the exchange of information and assist with the coordination of monitoring and research among Parties and between the Parties and international organizations engaged in similar activities; organize meetings and notify Parties, the observers mentioned in Article 6.2.1 and the Advisory Committee; coordinate and circulate proposals for amendments to the agreement and its Annex; and present to the Coordinating Authorities, each year no later than 30 June, a summary of the Party reports submitted in accordance with Article 2.5, and a brief account of its own activities during the past calendar year, including a financial report.
- 4.3. The Secretariat shall present to each Meeting of the Parties a summary of, inter alia, progress made and difficulties encountered since the last Meeting of the Parties. A copy of this report shall be submitted to the Secretariat of the Bonn Convention for information to the Parties of that Convention.
- 4.4. The Secretariat shall be attached to a public institution of a Party or to an international body, and that institution or body shall be the employer of its staff.

5. The Advisory Committee

- 5.1. The Meeting of the Parties shall establish an Advisory Committee to provide expert advice and information to the Secretariat and the Par-

3. L'Autorité de coordination

- 3.1. Les activités de chacune des Parties sont coordonnées et contrôlées par son Autorité de coordination, qui fait fonction de point de contact pour les travaux du Secrétariat et du Comité consultatif.

4. Le Secrétariat

- 4.1. Le Secrétariat doit, conformément aux instructions données lors des réunions des Parties, promouvoir et coordonner les activités entreprises en application de l'article 6.1 du présent Accord et, en étroite consultation avec le Comité consultatif, fournir avis et soutien aux Parties et à leurs Autorités de coordination.
- 4.2. En particulier, le Secrétariat: facilite les échanges d'informations et concourt à la coordination de la surveillance et de la recherche entre les Parties et entre celles-ci et les organisations internationales poursuivant des activités similaires; organise les réunions et effectue les notifications aux Parties, aux observateurs visés à l'article 6.2.1 et au Comité consultatif; coordonne et distribue les propositions d'amendement à l'Accord et à son Annexe; et présente aux Autorités de coordination, au plus tard le 30 juin de chaque année, un résumé des rapports remis par les Parties en application de l'article 2.5 et un bref compte rendu de ses propres activités au cours de l'année civile écoulée, incluant un rapport financier.
- 4.3. Le Secrétariat présente à chaque réunion des Parties un résumé exposant notamment les progrès accomplis et les difficultés rencontrées depuis la réunion précédente. Une copie de ce rapport est remise au Secrétariat de la Convention de Bonn, pour l'information des Parties à ladite Convention.
- 4.4. Le Secrétariat est rattaché à une institution publique de l'une des Parties ou à un organisme international; cette institution ou cet organisme fait fonction d'employeur de son personnel.

5. Le Comité consultatif

- 5.1. La Réunion des Parties met en place un comité consultatif chargé de fournir au Secrétariat et aux Parties des avis d'experts et des infor-

Hege und Nutzung von Kleinwalen und andere Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anwendung dieses Abkommens berät und unterrichtet, wobei die Notwendigkeit, Doppelarbeit mit anderen internationalen Gremien zu vermeiden, sowie die Zweckmäßigkeit, deren Sachverstand zu nutzen, zu berücksichtigen sind.

- 5.2. Jede Vertragspartei ist berechtigt, ein Mitglied des Beratenden Ausschusses zu ernennen.
- 5.3. Der Beratende Ausschuß wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.
- 5.4. Jedes Mitglied des Ausschusses kann sich von Beratern begleiten lassen, und der Ausschuß kann andere Sachverständige zu seinen Sitzungen einladen. Der Ausschuß kann Arbeitsgruppen einsetzen.

6. Die Tagung der Vertragsparteien

- 6.1. Die Vertragsparteien treten auf Einladung des Sekretariats des Bonner Übereinkommens, die im Namen einer Vertragspartei ergeht, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens und danach aufgrund einer Notifikation des Sekretariats mindestens einmal alle drei Jahre zusammen, um die bei der Durchführung und Anwendung des Abkommens seit der letzten Tagung erzielten Fortschritte und aufgetretenen Schwierigkeiten zu prüfen und über folgendes zu beraten und zu beschließen:

- a) den letzten Bericht des Sekretariats;
- b) Angelegenheiten, die das Sekretariat und den Beratenden Ausschuß betreffen;
- c) die Einführung und Überprüfung finanzieller Regelungen und die Annahme eines Haushalts für die nächsten drei Jahre;
- d) jede andere für dieses Abkommen erhebliche Frage, die spätestens 90 Tage vor der Tagung von einer Vertragspartei oder vom Sekretariat an die Vertragsparteien verteilt worden ist, einschließlich Vorschlägen zur Änderung des Abkommens und seiner Anlage, und
- e) Zeit und Ort der nächsten Tagung.

- 6.2.1. Die folgenden Stellen sind berechtigt, Beobachter zu der Tagung zu entsenden: der Verwahrer dieses Abkommens, die Sekretariate des Bonner Übereinkommens, des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, des Übereinkommens über die

ties on the conservation and management of small cetaceans and on other matters in relation to the running of the agreement, having regard to the need not to duplicate the work of other international bodies and the desirability of drawing on their expertise.

- 5.2. Each Party shall be entitled to appoint one member of the Advisory Committee.
- 5.3. The Advisory Committee shall elect a chairman and establish its own rules of procedure.
- 5.4. Each Committee member may be accompanied by advisers, and the Committee may invite other experts to attend its meetings. The Committee may establish working groups.

6. The Meeting of the Parties

- 6.1. The Parties shall meet, at the invitation of the Bonn Convention Secretariat on behalf of any Party, within one year of the entry into force of this agreement, and thereafter, at the notification of the Secretariat, not less than once every three years to review the progress made and difficulties encountered in the implementation and operation of the agreement since the last Meeting, and to consider and decide upon:

- (a) The latest Secretariat report;
- (b) Matters relating to the Secretariat and the Advisory Committee;
- (c) The establishment and review of financial arrangements and the adoption of a budget for the forthcoming three years;
- (d) Any other item relevant to this agreement circulated among the Parties by a Party or by the Secretariat not later than 90 days before the Meeting, including proposals to amend the agreement and its Annex; and
- (e) The time and venue of the next Meeting.

- 6.2.1. The following shall be entitled to send observers to the Meeting: the Depositary of this agreement, the secretariats of the Bonn Convention, the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora, the Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats,

mations sur la conservation et la gestion des petits cétacés ainsi qu'en d'autres matières liées au fonctionnement de l'Accord, en prenant en compte la nécessité d'éviter les doubles emplois avec les travaux d'autres organismes internationaux et le fait qu'il est souhaitable de tirer parti de leurs connaissances.

- 5.2. Chacune des Parties est habilitée à désigner un membre du Comité consultatif.
- 5.3. Le Comité consultatif élit un président et établit son règlement intérieur.
- 5.4. Chaque membre du Comité peut être accompagné de conseillers, et le Comité peut inviter d'autres experts à assister à ses réunions. Ce dernier peut créer des groupes de travail.

6. La Réunion des Parties

- 6.1. Les Parties se réunissent, à l'invitation du Secrétariat de la Convention de Bonn au nom de l'une quelconque des Parties, dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord, et par la suite, sur notification du Secrétariat, au moins une fois tous les trois ans pour examiner les progrès accomplis et les difficultés rencontrées dans la mise en œuvre et le fonctionnement de l'Accord depuis la dernière réunion, et pour examiner et statuer sur:

- a) Le dernier rapport du Secrétariat;
- b) Les questions relatives au Secrétariat et au Comité consultatif;
- c) L'élaboration et l'examen des dispositions financières et l'adoption d'un budget pour les trois années à venir;
- d) Toute autre question relevant du présent Accord et communiquée aux Parties par l'une d'elles ou par le Secrétariat au plus tard quatre-vingt-dix jours avant la réunion, y compris les propositions visant à amender l'Accord et son Annexe; et
- e) La date et le lieu de la prochaine réunion.

- 6.2.1. Sont habilités à envoyer des observateurs à la Réunion: le Dépositaire du présent Accord, les Secrétariats de la Convention de Bonn, de la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction, de la Convention sur la conservation de la vie sauvage et du milieu

Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume, des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge, des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus, das Gemeinsame Sekretariat für die Zusammenarbeit beim Schutz des Wattenmeers, die Internationale Walfangkommission, die Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik, die Internationale Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten, die Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee, der Internationale Rat für Meeresforschung, die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen sowie alle an die betreffenden Gewässer angrenzenden Arealstaaten und alle Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht Vertragsparteien sind.

the Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft, the Convention for the Prevention of Marine Pollution from Landbased Sources, the Common Secretariat for the Cooperation on the Protection of the Wadden Sea, the International Whaling Commission, the North-East Atlantic Fisheries Commission, the International Baltic Sea Fisheries Commission, the Baltic Marine Environment Protection Commission, the International Council for the Exploration of the Sea, the International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources, and all non-Party Range States and Regional Economic Integration Organizations bordering on the waters concerned.

naturel de l'Europe, de la Convention pour la prévention de la pollution marine par les opérations d'immersion effectuées par les navires et aéronefs, de la Convention pour la prévention de la pollution marine d'origine tellurique, le Secrétariat commun pour la coopération en matière de protection de la mer des Wadden, la Commission internationale de la pêche à la baleine, la Commission internationale des pêches de l'Atlantique Nord-Est, la Commission internationale des pêches de la mer Baltique, la Commission pour la protection de l'environnement marin de la Baltique, le Conseil international pour l'exploration de la mer, l'Union internationale pour la conservation de la nature et de ses ressources, ainsi que tous les Etats de l'aire de répartition riverains des eaux en cause qui ne sont pas Parties à l'Accord et les organisations d'intégration économique régionale.

- | | | |
|--|---|--|
| <p>6.2.2. Jedes andere für die Erhaltung, Hege und Nutzung der Wale qualifizierte Gremium kann beim Sekretariat spätestens 90 Tage vor der Tagung die Erlaubnis beantragen, durch Beobachter vertreten zu sein. Das Sekretariat übermittelt solche Anträge spätestens 60 Tage vor der Tagung den Vertragsparteien, und die Beobachter sind berechtigt, anwesend zu sein, sofern nicht spätestens 30 Tage vor der Tagung mindestens ein Drittel der Vertragsparteien Einspruch dagegen erhebt.</p> | <p>6.2.2. Any other body qualified in cetacean conservation and management may apply to the Secretariat not less than 90 days in advance of the Meeting to be allowed to be represented by observers. The Secretariat shall communicate such applications to the Parties at least 60 days before the Meeting, and observers shall be entitled to be present unless that is opposed not less than 30 days before the Meeting by at least one third of the Parties.</p> | <p>6.2.2 Tout autre organisme qualifié en matière de conservation et de gestion des cétacés peut présenter au Secrétariat, au plus tard quatre-vingt-dix jours avant la Réunion, une demande aux fins d'être admis à s'y faire représenter par des observateurs. Le Secrétariat communique ces demandes aux Parties au moins soixante jours avant la Réunion et la présence des observateurs est autorisée, à moins qu'un tiers au moins des Parties ne s'y opposent au plus tard trente jours avant la Réunion.</p> |
| <p>6.3. Die Beschlüsse auf den Tagungen werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt; jedoch bedürfen Abstimmungen über Finanzfragen und Änderungen dieses Abkommens und seiner Anlage einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien. Jede Vertragspartei hat eine Stimme. Jedoch übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Fragen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs ihr Stimmrecht mit einer Stimmenzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien sind.</p> | <p>6.3. Decisions at Meetings shall be taken by a simple majority among Parties present and voting, except that financial decisions and amendments to the agreement and its Annex shall require a three-quarters majority among those present and voting. Each Party shall have one vote. However, in matters within their competence, the European Economic Community shall exercise their voting rights with a number of votes equal to the number of their member States which are Parties to the agreement.</p> | <p>6.3 Lors des réunions, les décisions sont prises à la majorité simple des Parties présentes et votantes, à l'exception des décisions financières et des amendements à l'Accord ou à son Annexe, qui requièrent une majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes. Chacune des Parties dispose d'une voix. Toutefois, dans les matières relevant de sa compétence, la Communauté économique européenne exerce son droit de vote à raison d'un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres Parties à l'Accord.</p> |
| <p>6.4. Innerhalb von 90 Tagen nach Abschluß der Tagung verfaßt das Sekretariat einen Bericht über die Tagung und verteilt ihn an alle Vertragsparteien und Beobachter.</p> | <p>6.4. The Secretariat shall prepare and circulate a report of the Meeting to all Parties and observers within 90 days of the closure of the Meeting.</p> | <p>6.4 Le Secrétariat prépare et distribue à toutes les Parties et observateurs un rapport sur la Réunion, dans les quatre-vingt-dix jours suivant la clôture de la Réunion.</p> |
| <p>6.5. Dieses Abkommen und seine Anlage können auf jeder Tagung der Vertragsparteien geändert werden.</p> | <p>6.5. This agreement and its Annex may be amended at any Meeting of the Parties.</p> | <p>6.5 Le présent Accord et son Annexe peuvent être amendés lors de toute réunion des Parties.</p> |
| <p>6.5.1. Änderungen können von jeder Vertragspartei vorgeschlagen werden.</p> | <p>6.5.1. Proposals for amendments may be made by any Party.</p> | <p>6.5.1 Toute Partie peut présenter des propositions d'amendement.</p> |
| <p>6.5.2. Der Wortlaut jeder vorgeschlagenen Änderung und deren Begründung werden dem Sekretariat spätestens</p> | <p>6.5.2. The text of any proposed amendment and the reasons for it shall be communicated to the Secretariat at</p> | <p>6.5.2 Le texte de tout amendement proposé, accompagné de son exposé des motifs, est communiqué au Se-</p> |

90 Tage vor Eröffnung der Tagung zugeleitet. Das Sekretariat übermittelt den Vertragsparteien umgehend Abschriften.

- 6.5.3. Änderungen treten für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, 90 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die fünfte Annahmearkunde in bezug auf die Änderung beim Verwahrer hinterlegt wurde. Danach treten sie für eine Vertragspartei 30 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem ihre Annahmearkunde in bezug auf die Änderung beim Verwahrer hinterlegt wurde.

7. Finanzierung

- 7.1. Die Vertragsparteien kommen überein, die Kosten des Haushalts gemeinsam zu tragen, wobei die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration 2,5 v.H. der Verwaltungskosten beitragen und die anderen Vertragsparteien den Restbetrag unter Anwendung des VN-Beitragsschlüssels, jedoch vorbehaltlich eines Höchstsatzes von 25 v.H. je Vertragspartei, aufbringen.
- 7.2. Der Anteil jeder Vertragspartei an den Sekretariatskosten und etwaige vereinbarte Zusatzbeträge zur Deckung anderer gemeinsamer Ausgaben ist so bald wie möglich nach Ende März, spätestens jedoch vor Ende Juni eines jeden Jahres an die Regierung oder die internationale Organisation zu zahlen, bei der das Sekretariat seinen Sitz hat.
- 7.3. Das Sekretariat erstellt und führt seine Finanzbuchhaltung jeweils für ein Kalenderjahr.

8. Rechtsfragen und Förmlichkeiten

- 8.1. Dieses Abkommen ist ein Abkommen im Sinne des Artikels IV Absatz 4 des Bonner Übereinkommens.
- 8.2. Dieses Abkommen läßt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aufgrund anderer bestehender Verträge, Übereinkommen oder Abkommen unberührt.
- 8.3. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übernimmt die Aufgaben des Verwahrers dieses Abkommens.
- 8.3.1. Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnern, allen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und dem Sekretariat des Bonner Übereinkommens jede Unterzeichnung, jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, das Inkrafttreten dieses Abkommens, Änderungen, Vorbehalte und Kündigungen.

least 90 days before the opening of the Meeting. The Secretariat shall transmit copies forthwith to the Parties.

- 6.5.3. Amendments shall enter into force for those Parties which have accepted them 90 days after the deposit of the fifth instrument of acceptance of the amendment with the Depositary. Thereafter they shall enter into force for a Party 30 days after the date of deposit of its instrument of acceptance of the amendment with the Depositary.

7. Financing

- 7.1. The Parties agree to share the cost of the budget, with Regional Economic Integration Organizations contributing 2.5 per cent of the administrative costs and other Parties sharing the balance in accordance with the United Nations scale, but with a maximum of 25 per cent per Party.
- 7.2. The share of each Party in the cost of the Secretariat and any additional sum agreed for covering other common expenses shall be paid to the Government or international organization hosting the Secretariat, as soon as practicable after the end of March and in no case later than before the end of June each year.
- 7.3. The Secretariat shall prepare and keep financial accounts by calendar years.

8. Legal matters and formalities

- 8.1. This is an agreement within the meaning of the Bonn Convention, Article IV (4).
- 8.2. The provisions of this agreement shall in no way affect the rights and obligations of a Party deriving from any other existing treaty, convention, or agreement.
- 8.3. The Secretary-General of the United Nations shall assume the functions of Depositary of this agreement.
- 8.3.1. The Depositary shall notify all Signatories, all Regional Economic Integration Organizations and the Bonn Convention Secretariat of any signatures, deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, entry into force of the agreement, amendments, reservations and denunciations.

crétariat au moins quatre-vingt-dix jours avant l'ouverture de la Réunion. Le Secrétariat en transmet sans délai des copies aux Parties.

- 6.5.3. Les amendements entrent en vigueur à l'égard des Parties qui les ont acceptés quatre-vingt-dix jours après le dépôt du cinquième instrument d'acceptation de l'amendement auprès du Dépositaire. Ensuite, ils entrent en vigueur à l'égard d'une Partie trente jours après le dépôt de l'instrument d'acceptation de celle-ci auprès du Dépositaire.

7. Financement

- 7.1. Les Parties conviennent de partager les charges du budget, les organisations d'intégration économique régionale contribuant pour 2,5 % aux dépenses d'administration et les autres Parties se répartissant le solde, conformément au barème des Nations Unies, à raison toutefois d'un maximum de 25 % par Partie.
- 7.2. La part de chacune des Parties aux dépenses du Secrétariat et tout autre montant additionnel convenu pour la couverture des dépenses communes sont versés au gouvernement ou à l'organisation internationale hôte du Secrétariat, aussitôt que possible après la fin du mois de mars, et en aucun cas plus tard que la fin du mois de juin de chaque année.
- 7.3. Le Secrétariat prépare et conserve les comptes financiers par année civile.

8. Questions juridiques et formalités

- 8.1. Le présent Accord est un accord au sens de l'article IV 4) de la Convention de Bonn.
- 8.2. Les dispositions du présent Accord n'affectent en rien les droits et obligations des Parties résultant de tout autre traité, convention ou accord existant.
- 8.3. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies exerce la fonction de Dépositaire du présent Accord.
- 8.3.1. Le Dépositaire notifie à tous les signataires, à toutes les organisations d'intégration économique régionale et au Secrétariat de la Convention de Bonn toutes signatures, tout dépôt d'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, toute entrée en vigueur de l'Accord, tous amendements, réserves et dénonciations.

- | | | |
|--|--|---|
| <p>8.3.2. Der Verwahrer übermittelt allen Unterzeichnern, allen Nichtunterzeichner-Arealstaaten, allen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und dem Sekretariat des Bonner Übereinkommens beglaubigte Abschriften dieses Abkommens.</p> | <p>8.3.2. The Depositary shall send certified true copies of the agreement to all signatories, all non-signatory Range States, all Regional Economic Integration Organizations and the Bonn Convention Secretariat.</p> | <p>8.3.2 Le Dépositaire transmet des copies certifiées conformes de l'Accord à tous les signataires, à tous les Etats de l'aire de répartition non signataires, à toutes les organisations d'intégration économique régionale et au Secrétariat de la Convention de Bonn.</p> |
| <p>8.4. Dieses Abkommen wird spätestens am 31. März 1992 am Sitz der Vereinten Nationen zur Unterzeichnung aufgelegt und liegt danach bis zum Tag seines Inkrafttretens weiterhin am Sitz der Vereinten Nationen für alle Arealstaaten und alle Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung auf. Sie können ihre Zustimmung, durch das Abkommen gebunden zu sein, ausdrücken,</p> <p>a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder,</p> <p>b) wenn das Abkommen vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet worden ist, indem sie eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegen.</p> <p>Nach dem Tag seines Inkrafttretens steht das Abkommen den Arealstaaten und den Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen.</p> | <p>8.4. The agreement shall be open for signature at the United Nations Headquarters by 31 March 1992 and thereafter remain open for signature at the United Nations Headquarters by all Range States and Regional Economic Integration Organizations, until the date of entry into force of the agreement. They may express their consent to be bound by the agreement</p> <p>(a) by signature, not subject to ratification, acceptance or approval, or</p> <p>(b) if the agreement has been signed subject to ratification, acceptance or approval, by the deposit of an instrument of ratification, acceptance or approval.</p> <p>After the date of its entry into force, the agreement shall be open for accession by Range States and Regional Economic Integration Organizations.</p> | <p>8.4 L'Accord sera ouvert à la signature au Siège de l'Organisation des Nations Unies au 31 mars 1992 et restera ensuite ouvert à la signature au Siège de l'Organisation des Nations Unies pour tous les Etats de l'aire de répartition et organisations d'intégration économique régionale jusqu'à sa date d'entrée en vigueur. Le consentement à être lié par l'Accord peut être exprimé</p> <p>a) par signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou</p> <p>b) si l'Accord a été signé sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, par le dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.</p> <p>Après la date de son entrée en vigueur, l'Accord sera ouvert à l'adhésion des Etats de l'aire de répartition et des organisations d'intégration économique régionale.</p> |
| <p>8.5. Dieses Abkommen tritt 90 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sechs Arealstaaten nach Artikel 8.4 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Abkommen gebunden zu sein. Danach tritt es für einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration am 30. Tag nach der Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder nach der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Verwahrer in Kraft.</p> | <p>8.5. The agreement shall enter into force 90 days after six Range States have expressed their consent to be bound by it in accordance with Article 8.4. Thereafter, it shall enter into force for a State and Regional Economic Integration Organization on the 30th day after the date of signature, not subject to ratification, acceptance or approval, or of the deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession with the Depositary.</p> | <p>8.5 L'Accord entrera en vigueur quarante-deux jours après que six Etats de l'aire de répartition auront exprimé leur consentement à être liés par lui conformément à l'article 8.4. Ensuite, il entrera en vigueur à l'égard d'un Etat de l'aire de répartition ou d'une organisation d'intégration économique régionale le trentième jour après la date de la signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou après le dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Dépositaire.</p> |
| <p>8.6. Allgemeine Vorbehalte zu diesem Abkommen und seiner Anlage sind nicht zulässig. Jedoch kann ein Arealstaat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, wenn er oder sie nach den Artikeln 8.4 und 8.5 Vertragspartei wird, einen besonderen Vorbehalt in bezug auf eine bestimmte Art, Unterart oder Population von Kleinwalen anbringen. Solche Vorbehalte werden dem Verwahrer bei der Unterzeichnung oder der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde mitgeteilt.</p> | <p>8.6. The agreement and its Annex shall not be subject to general reservations. However, a Range State or Regional Economic Integration Organization may, on becoming a Party in accordance with Article 8.4 and 8.5, enter a specific reservation with regard to any particular species, subspecies or population of small cetaceans. Such reservations shall be communicated to the Depositary on signing or at the deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession.</p> | <p>8.6 L'Accord et son Annexe ne peuvent faire l'objet de réserves générales. Toutefois, un Etat de l'aire de répartition ou une organisation d'intégration économique régionale peut, en devenant Partie à l'Accord, conformément à l'article 8.4 et 8.5, formuler une réserve spécifique concernant toute espèce, sous-espèce ou population particulière de petits cétacés. Ces réserves sont communiquées au Dépositaire lors de la signature ou du dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.</p> |
| <p>8.7. Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit kündigen. Die</p> | <p>8.7. A Party may at any time denounce this agreement. Such denunciation</p> | <p>8.7 Une Partie peut à tout moment dénoncer le présent Accord. La dénon-</p> |

Kündigung wird dem Verwahrer schriftlich notifiziert; sie wird ein Jahr nach ihrem Eingang wirksam.

shall be notified in writing to the Depositary and take effect one year after the receipt thereof.

ciation est notifiée par écrit au Dépositaire et prend effet un an après réception de la notification.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have affixed their signatures to this agreement.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

Geschehen zu New York am 9. April 1992, wobei der deutsche, englische, französische und russische Wortlaut des Abkommens gleichermaßen verbindlich ist.

Done at New York on 9 April 1992, the English, French, German and Russian texts of the agreement being equally authentic.

Fait à New York le 9 avril 1992, les textes allemand, anglais, français et russe de l'Accord faisant également foi.

Anlage**Annex****Annexe****Erhaltungs-,
Hege- und Nutzungsplan**

Die folgenden Erhaltungs-, Forschungs-, Hege- und Nutzungsmaßnahmen werden im Zusammenwirken mit anderen zuständigen internationalen Gremien auf die in Artikel 1.1 bezeichneten Populationen angewendet:

1. Erhaltung des Lebensraums sowie Hege und Nutzung**Arbeiten**

- a) zur Verhütung der Freisetzung von Stoffen, die eine mögliche Bedrohung für die Gesundheit der Tiere darstellen,
- b) zur Entwicklung von Änderungen der Fischfanggeräte und der Fischfangmethoden anhand nicht vertretbare Wechselwirkungen anzeigender verfügbarer Daten, um Beifänge zu verringern und das Abtreiben oder Zurücklassen von Fischfanggeräten auf See zu verhindern,
- c) zur wirksamen Regelung, um die Auswirkungen von Tätigkeiten, welche die Nahrungsquellen der Tiere ernsthaft beeinträchtigen, auf diese zu verringern, und
- d) zur Verhütung sonstiger erheblicher Störungen, insbesondere akustischer Art.

2. Erhebungen und Forschung

Es werden Untersuchungen durchgeführt, die zwischen den Vertragsparteien und zuständigen internationalen Organisationen sinnvoll zu koordinieren und aufzuteilen sind, um

- a) die Erhaltungssituation und die saisonabhängigen Bewegungen der betreffenden Population und Bestände zu beurteilen,
- b) Gebiete festzustellen, die für den Fortbestand dieser Populationen und Bestände von besonderer Bedeutung sind, und
- c) vorhandene und mögliche Bedrohungen aufzudecken, denen die verschiedenen Arten ausgesetzt sind.

Die Untersuchungen nach Buchstabe a) sollen insbesondere die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Methoden zur Feststellung der Bestandsidentität und zur Ermöglichung einer Aussage über Populationsgröße, Entwicklungen, Populationsstruktur und -dynamik sowie Wanderungen umfassen. Die Untersuchungen nach Buchstabe b) sollen sich auf die Feststellung von Gebieten konzentrieren, die für

**Conservation and management
plan**

The following conservation, research, and management measures shall be applied, in conjunction with other competent international bodies, to the populations defined in Article 1.1:

1. Habitat conservation and management**Work towards**

- (a) the prevention of the release of substances which are a potential threat to the health of the animals,
- (b) the development, in the light of available data indicating unacceptable interaction, of modifications of fishing gear and fishing practices in order to reduce by-catches and to prevent fishing gear from getting adrift or being discarded at sea,
- (c) the effective regulation, to reduce the impact on the animals, of activities which seriously affect their food resources, and
- (d) the prevention of other significant disturbance, especially of an acoustic nature.

2. Surveys and research

Investigations, to be coordinated and shared in an efficient manner between the Parties and competent international organizations, shall be conducted in order to

- (a) assess the status and seasonal movements of the populations and stocks concerned,
- (b) locate areas of special importance to their survival, and
- (c) identify present and potential threats to the different species.

Studies under (a) should particularly include improvement of existing and development of new methods to establish stock identity and to estimate abundance, trends, population structure and dynamics, and migrations. Studies under (b) should focus on locating areas of special importance to breeding and feeding. Studies under (c) should include research on habitat requirements, feeding ecology, trophic relationships,

**Plan
de conservation et de gestion**

Les mesures de conservation, de recherche et de gestion suivantes seront appliquées, conjointement avec les autres organismes internationaux compétents, aux populations définies à l'article 1.1.

1. Conservation et gestion de l'habitat**Travaux visant**

- a) à la prévention des rejets de substances constituant une menace potentielle pour la santé des animaux,
- b) à la mise au point, à la lumière des données disponibles indiquant des interactions inacceptables, de modifications aux engins et méthodes de pêche afin de réduire les prises accessoires et de prévenir la dérive ou l'abandon en mer d'engins de pêche;
- c) à la réglementation efficace, en vue de réduire les incidences sur les animaux, des activités affectant gravement leurs ressources alimentaires; et
- d) à la prévention d'autres perturbations significatives, en particulier de nature acoustique.

2. Etudes et recherche

Des investigations, qui devront être coordonnées et réparties de manière efficace entre les Parties et les organisations internationales compétentes, seront menées en vue

- a) d'évaluer l'état et les mouvements saisonniers des populations et stocks concernés;
- b) de localiser les zones présentant une importance particulière pour leur survie; et
- c) d'identifier les menaces existantes et potentielles contre les différentes espèces.

Les études prévues sous l'alinéa a) devraient inclure en particulier l'amélioration des méthodes existantes et la mise au point de méthodes nouvelles pour établir l'identité des stocks et estimer les effectifs, les tendances, la structure et la dynamique des populations, ainsi que les migrations. Les études prévues à l'alinéa b) devraient être axées sur la localisation des zones présentant une importance particulière pour la repro-

Fortpflanzung, Aufzucht der Jungen und Ernährung von besonderer Bedeutung sind. Die Untersuchungen nach Buchstabe c sollen die Erforschung der Lebensraumerfordernisse, der Ernährungsökologie, der Ernährungszusammenhänge, der Artverbreitung und der sensorischen Biologie unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen von Verschmutzung, Störungen und Wechselwirkungen mit Fischereitätigkeiten umfassen, einschließlich der Erarbeitung von Methoden zur Verringerung solcher Wechselwirkungen. Bei den Untersuchungen sollen keine Tiere getötet werden, und die zu Forschungszwecken gefangenen Tiere sollen in gutem Gesundheitszustand wieder freigesetzt werden.

3. Verwendung von Beifängen und gestrandeten Tieren

Jede Vertragspartei bemüht sich, ein wirksames System zur Meldung und Nutzbarmachung von Beifängen und gestrandeten Tieren zu entwickeln und im Rahmen der vorgenannten Untersuchungen vollständige Autopsien durchzuführen, um Gewebe für weitere Untersuchungen zu gewinnen, mögliche Todesursachen festzustellen und die Nahrungszusammensetzung zu dokumentieren. Die gesammelten Angaben werden in einer internationalen Datenbank zur Verfügung gestellt.

4. Gesetzgebung

Unbeschadet des Absatzes 2 bemühen sich die Vertragsparteien, folgendes festzulegen:

- a) das Verbot der absichtlichen Entnahme aus der Natur und Tötung von Kleinwalen im innerstaatlichen Recht, sofern solche Vorschriften nicht schon in Kraft sind, und
- b) die Verpflichtung, alle lebend gefangenen gesunden Tiere sofort wieder freizusetzen.

Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Vorschriften werden innerstaatlich erarbeitet.

5. Unterrichtung und Aufklärung

Die Öffentlichkeit ist mit Informationen zu versorgen, um allgemein die Unterstützung der Ziele des Abkommens zu gewährleisten und insbesondere die Meldung gesichteter und gestrandeter Tiere zu erleichtern; die Fischer sind mit Informationen zu versorgen, um die Meldung von Beifängen und die Ablieferung toter Tiere in dem für Forschungsarbeiten im Rahmen des Abkommens erforderlichen Umfang zu erleichtern und zu fördern.

dispersal, and sensory biology with special regard to effects of pollution, disturbance and interactions with fisheries, including work on methods to reduce such interactions. The studies should exclude the killing of animals and include the release in good health of animals captured for research.

3. Use of by-catches and strandings

Each Party shall endeavour to establish an efficient system for reporting and retrieving by-catches and stranded specimens and to carry out, in the framework of the studies mentioned above, full autopsies in order to collect tissues for further studies and to reveal possible causes of death and to document food composition. The information collected shall be made available in an international data base.

4. Legislation

Without prejudice to the provisions of paragraph 2 above, the Parties shall endeavour to establish

- (a) the prohibition under national law, of the intentional taking and killing of small cetaceans where such regulations are not already in force, and
- (b) the obligation to release immediately any animals caught alive and in good health.

Measures to enforce these regulations shall be worked out at the national level.

5. Information and education

Information shall be provided to the general public in order to ensure support for the aims of the agreement in general and to facilitate the reporting of sightings and strandings in particular; and to fishermen in order to facilitate and promote the reporting of by-catches and the delivery of dead specimens to the extent required for research under the agreement.

duction et l'alimentation. Les études prévues à l'alinéa c) devraient inclure des recherches sur les exigences en matière d'habitat, sur l'écologie alimentaire, les relations trophiques, la dispersion et la biologie sensorielle, en tenant particulièrement compte des effets de la pollution, des perturbations et des interactions avec la pêche, ceci incluant les travaux sur les méthodes visant à réduire ces interactions. Les études devraient exclure la mise à mort des animaux et inclure la réimmersion en bonne santé des animaux capturés aux fins de la recherche.

3. Utilisation des prises accessoires et des échouements

Chacune des Parties s'efforcera de mettre en place un système efficace pour la communication de données sur les prises accessoires et les spécimens échoués et leur récupération, et d'effectuer, dans le cadre des études précitées, des autopsies complètes en vue de recueillir des tissus aux fins d'études ultérieures et de découvrir les causes possibles de la mort, ainsi que de documenter la composition de l'alimentation. Les informations collectées seront mises à disposition dans une base de données internationale.

4. Législation

Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 ci-dessus, les Parties s'efforceront d'instaurer,

- a) là où une telle réglementation n'est pas encore en vigueur, l'interdiction par la législation nationale de la capture et de la mise à mort intentionnelles de petits cétacés, et
- b) l'obligation de relâcher immédiatement tout animal capturé vivant et en bonne santé.

Des mesures visant à faire respecter ces réglementations seront élaborées au niveau national.

5. Information et éducation

Des informations doivent être fournies au public aux fins d'assurer un appui aux objectifs de l'Accord général et de faciliter la communication d'informations sur les observations et les échouements en particulier; et aux pêcheurs en vue de faciliter et d'encourager la notification des prises accessoires et la livraison des spécimens morts dans la mesure requise par les recherches prévues par l'Accord.

Denkschrift zum Abkommen zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee

I. Allgemeines

1. Das Bonner Übereinkommen
2. Bedeutung von Regionalabkommen
3. Entstehungsgeschichte des Kleinwalabkommens
4. Bedeutung

II. Wesentlicher Inhalt des Abkommens

1. Schutzbereich
2. Maßnahmen
3. Durchführung
4. Gremien
 - a) Sekretariat
 - b) Beratender Ausschuß
5. Tagung der Vertragsparteien
6. Finanzierung
7. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten
8. Beitritt
9. Verwahrer

I. Allgemeines

1. Das Bonner Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten

Vom 11. bis 23. Juni 1979 nahmen 64 Nationen als Verhandlungspartner sowie mehrere internationale Organisationen als Beobachter an der Konferenz zum Abschluß eines Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten in Bonn teil.

Sie folgten damit der Empfehlung 32 des Aktionsplans, der von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen 1972 in Stockholm angenommen worden ist.

Nach zweiwöchigen Beratungen wurde das Bonner Übereinkommen von 23 Staaten unterzeichnet.

Mittlerweile (Stand: März 1992) haben 39 Staaten das Übereinkommen gezeichnet.

Die Bonner Konvention ist die einzige weltweit angelegte Konvention zum Schutz wandernder wildlebender Tierarten. Sie werden je nach dem Grad ihrer Gefährdung in den Anhang I oder II zum Bonner Übereinkommen aufgenommen.

Anhang I enthält wandernde Arten, die gefährdet sind.

Anhang II enthält wandernde Arten, die sich in einer ungünstigen Erhaltungssituation befinden und für deren Erhaltung, Hege und Nutzung internationale Übereinkünfte erforderlich sind oder die sich in einer Erhaltungssituation befinden, für die eine internationale Zusammenarbeit, die sich durch eine internationale Übereinkunft verwirklichen ließe, von erheblichem Nutzen wäre.

Zahlreiche Tierarten sind aufgrund der Zerstörung ihrer Lebensräume weltweit gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht.

Betroffen sind vor allem die wandernden wildlebenden Tierarten, da sich ihr Verbreitungsgebiet nicht auf einen geographisch fest abgrenzbaren Raum bezieht. Um diese Tierarten zu erhalten, verpflichten sich die Vertragsstaaten u. a., bedeutsame Lebensstätten wiederherzustellen, nachteilige Wirkungen von Aktivitäten ernstlich zu erschweren oder zu verhindern, zu beseitigen oder zu beschränken. Weiterhin sollen Einflüsse, die die Erhaltung der Arten bedrohen, zurückgeführt werden. Dies soll im Rahmen der Bonner Konvention durch verschiedene „ABKOMMEN“ umgesetzt werden.

2. Bedeutung von Regionalabkommen

Die Umsetzung des Bonner Übereinkommens obliegt den Vertragsparteien.

Artikel IV Abs. 3 sieht für die Arten des Anhangs II vor, daß die Vertragsparteien sich um den Abschluß von „ABKOMMEN“ zum Wohle dieser Arten bemühen sollen. Leitlinien für diese „ABKOMMEN“ enthält Artikel V der Konvention. So soll ein Abkommen etwa alle Gesichtspunkte der Erhaltung, Hege und Nutzung einer Art beinhalten.

Es sollte das gesamte Verbreitungsgebiet erfassen und dem Beitritt aller Arealstaaten offenstehen, auch jenen, welche nicht dem Bonner Übereinkommen beigetreten sind. Diesen sog. Regionalabkommen ist gemeinsam, daß sie neben o. a. Aspekten auch eine koordinierte Forschung der Vertragsstaaten vorsehen. Bis heute existieren zum Teil nur geringe Kenntnisse über die Wanderwege und das Wanderverhalten vieler Tierarten. Es ist daher vorrangige Aufgabe, diese Wissenslücke gemeinsam zu schließen.

Nur durch eine enge internationale Zusammenarbeit ist es möglich, das Problem eines wirksamen Schutzes gefährdeter Arten und damit der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt langfristig zu lösen.

Mit dem Abschluß von Regionalabkommen können die Vertragsparteien gezielt auf die räumlichen Bedürfnisse der jeweiligen Tierart eingehen und so einen wichtigen Schritt zur gemeinsamen grenzüberschreitenden Verantwortlichkeit gegenüber der Natur tun.

3. Entstehungsgeschichte des Kleinwalabkommens

Auf der 1. Vertragsstaatenkonferenz des Bonner Übereinkommens 1985 in Bonn wurde die Resolution 1.7 verabschiedet, die die Empfehlung des Wissenschaftlichen Rates des Übereinkommens beinhaltete, Kleinwale bei der nächsten Vertragsstaatenkonferenz für die Aufnahme in den Anhang II des Übereinkommens vorzusehen.

Weiterhin wurde bestimmt, daß das Sekretariat des Übereinkommens in Verbindung mit dem Wissenschaftlichen Rat eine Arbeitsgruppe „Kleinwale“, bestehend aus Vertretern nationaler und internationaler Organisationen, einsetzen sollte. Hieran anknüpfend sind auf der 2. Vertragsstaatenkonferenz in Genf 1988 sieben Kleinwalarten in den Anhang II des Übereinkommens aufgenommen worden.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Resolution 2.3 verabschiedet. Sie wies das Sekretariat und den Ständi-

gen Ausschuß an, entsprechende Maßnahmen zum Abschluß eines Regionalabkommens zwischen den Arealstaaten zu ergreifen.

Auf der 3. internationalen Nordseekonferenz in Den Haag 1990 wurde schließlich ein Memorandum of Understanding von den Umweltministern unterzeichnet, in dem sie die Erarbeitung eines Abkommens zum Schutz der Kleinwale in Nord- und Ostsee im Rahmen der Bonner Konvention vereinbarten.

Daraufhin lud die Schwedische Regierung im September 1990 alle Arealstaaten, die EG, das Sekretariat des Bonner Übereinkommens und verschiedene internationale Regierungs-/Nichtregierungsorganisationen zu einem Treffen nach Sigtuna, Schweden, ein, um das o. a. Abkommen vorzubereiten.

An diesem Treffen nahmen Vertreter folgender Länder teil: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Schweden. Die EG war ebenso vertreten.

Weiterhin waren mehrere Beobachter internationaler Organisationen anwesend.

Der Entwurf des Abkommens war dann auch Besprechungsgegenstand auf der 3. Vertragsstaatenkonferenz des Bonner Übereinkommens im September 1991 in Genf. Es wurde dort schließlich schlußgezeichnet und am 9. April 1992 in New York von der Bundesrepublik unterzeichnet.

4. Bedeutung

Zahlreiche Kleinwalarten in der Nord- und Ostsee sind in ihrer Erhaltungssituation gefährdet. Vor allem die Verschlechterung der Meeresqualität sowie die Störung der Populationen werden als Hauptfaktoren genannt.

Aber auch durch Beifänge der Fischerei wird der Bestand dieser Tiere negativ beeinflusst.

Um die Situation zu verbessern, ist es daher erforderlich, in enger internationaler Zusammenarbeit Informationen als Grundlage für folgerichtige Beschlüsse über Hege, Nutzung und Erhaltung zu sammeln.

Nur so kann es gelingen, Kleinwale als einen wesentlichen Bestandteil der Meeres-Ökosysteme zu sichern.

Das Abkommen zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee stellt dazu die entsprechenden Instrumente bereit.

II. Wesentlicher Inhalt des Abkommens

1. Schutzbereich

Das Abkommen gilt für alle Kleinwale in der Meeresumwelt der Nord- und Ostsee.

Unter „Kleinwale“ werden alle Arten, Unterarten oder Populationen der Zahnwale (Odontoceti) mit Ausnahme des Pottwals (*Physeter macrocephalus*) verstanden.

Das Abkommensgebiet umfaßt die Nord- und Ostsee, begrenzt im Nordosten durch die Küsten des Bottnischen und des Finnischen Meerbusens, im Südwesten durch die Breite 48° 30' N und die Länge 5° W, im Nordwesten durch die Länge 5° W und die durch die folgenden Punkte gezogene Linie: Breite 60° N/Länge 5° W, Breite 61° N/Länge 4° W und Breite 62° N/Länge 3° W und im Norden die Breite 62° N

und einschließlich des Kattegat, des Sundes und der Belte, jedoch ausschließlich der Gewässer zwischen Kap Wrath und St. Anthony Head.

Es soll in diesem Gebiet auf internationaler Ebene eine günstigere Erhaltungssituation für Kleinwale herbeigeführt werden.

2. Maßnahmen

Das Abkommen bestimmt verschiedene Maßnahmen, die zur Erhaltung, Hege, Nutzung und Erforschung der Kleinwale notwendig sind.

a) Erhaltung

Zur Erhaltung der Kleinwale werden Arbeiten durchgeführt, die sich mit der Freisetzung von schädlichen Stoffen in die Nord- und Ostsee beschäftigen.

Es wird geprüft, inwieweit diese eine mögliche Bedrohung für die Gesundheit der Tiere darstellen und wie die Freisetzung der Schadstoffe verhütet werden kann. Außerdem sollen solche Tätigkeiten untersucht werden, welche die Nahrungsquellen der Kleinwale ernsthaft beeinträchtigen und Regelungen gefunden werden, die die negativen Auswirkungen verringern können.

b) Hege und Nutzung

Anhand verfügbarer Daten wird angestrebt, Fischfanggeräte und Fischfangmethoden zu entwickeln, die die Beifänge verringern und das Abtreiben oder Zurücklassen von Fischfanggeräten auf See verhindern.

Jede Vertragspartei bemüht sich weiterhin, ein wirksames System zur Meldung von Beifängen und gestrandeten Tieren zu entwickeln und vollständige Autopsien durchzuführen, um mögliche Todesursachen festzustellen und die Nahrungszusammensetzung zu dokumentieren. Die gesammelten Angaben werden in einer internationalen Datenbank zur Verfügung gestellt.

c) Forschung

Es werden Untersuchungen durchgeführt, um die Erhaltungssituation und die saisonabhängigen Bewegungen der betreffenden Populationen und Bestände zu beurteilen.

Außerdem sollen Gebiete festgestellt werden, die für den Fortbestand der Populationen von besonderer Bedeutung sind und vorhandene und mögliche Bedrohungen aufgedeckt werden, denen die verschiedenen Arten ausgesetzt sind.

d) Information/Aufklärung

Die Öffentlichkeit ist mit Informationen zu versorgen, um allgemein die Unterstützung der Ziele des Abkommens zu gewährleisten und insbesondere die Meldung gesichteter und gestrandeter Tiere zu erleichtern.

3. Durchführung

Jede Vertragspartei bemüht sich, die entsprechenden gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen zu beschließen, um das Abkommen wirksam werden zu lassen, insbesondere

- das Verbot der absichtlichen Entnahme aus der Natur und Tötung von Kleinwalen
- die Verpflichtung, alle lebend gefangenen gesunden Tiere sofort wieder freizusetzen.

Die beteiligten Vertragsstaaten bestimmen für die Tätigkeiten im Rahmen dieses Abkommens eine Koordinierungsbehörde. Sie dient auch als Kontaktstelle des Sekretariats und des Beratenden Ausschusses.

Jede Vertragspartei legt einmal im Jahr einen Bericht vor, in dem die während des vergangenen Kalenderjahrs erzielten Fortschritte bzw. aufgetretenen Schwierigkeiten dargestellt werden.

4. Gremien

a) das Sekretariat

Zur Koordinierung der Maßnahmen nach diesem Abkommen wird ein Sekretariat eingerichtet. Es berät und unterstützt die Vertragsparteien und ihre Koordinierungsbehörden.

Insbesondere hat das Sekretariat die Aufgabe, den Informationsaustausch zu erleichtern und an der Zusammenarbeit der Forschung unter den Vertragsparteien sowie zwischen den Vertragsparteien und internationalen Organisationen mitzuwirken.

So ist es z. B. für die Verteilung der zusammengefaßten Berichte der Vertragsparteien sowie einer Darstellung der eigenen Aktivitäten einschließlich eines Finanzberichts zuständig.

b) der Beratende Ausschuß

Die Tagung der Vertragsparteien setzt einen Beratenden Ausschuß ein, der das Sekretariat und die Vertragsparteien in Fragen der Erhaltung, Hege und Nutzung von Kleinwalen etc. berät.

Jede Vertragspartei ist berechtigt, ein Mitglied zu benennen.

5. Tagung der Vertragsparteien

Die Vertragsparteien treten auf Einladung des Sekretariats des Bonner Übereinkommens, die im Namen einer Vertragspartei dieses Abkommens und dann periodisch in der Regel im Dreijahresabstand, zusammen.

Dabei soll die Durchführung des Abkommens überprüft werden und ggf. Änderungen beschlossen werden.

Zu diesen Tagungen dürfen die abschließend in Nummer 6.2.1 genannten internationalen Organisationen Beobachter entsenden.

Auf Antrag können auch andere Beobachter zugelassen werden.

Beschlüsse der Tagung der Vertragsparteien werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt.

Abstimmungen über Finanzfragen oder Änderungen des Abkommens und seiner Anlage bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien.

Innerhalb von 90 Tagen nach der Tagung verfaßt das Sekretariat einen Bericht über die Tagung und verteilt ihn an alle Vertragsparteien und Beobachter.

6. Finanzierung

Nach Nummer 7.1 des Abkommens werden die Kosten des Haushalts gemeinsam von den Vertragsparteien getragen.

Die Vertragsparteien bringen ihren Anteil entsprechend dem Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen ein; jedoch höchstens 25 v. H. Die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zahlen maximal 2,5 v. H. der Verwaltungskosten.

7. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten

Nach Nummer 8.4 Satz 2 bedarf das Abkommen der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung.

Es liegt bis zum Tag seines Inkrafttretens am Sitz der Vereinten Nationen für alle Arealstaaten und alle Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung auf.

Das Abkommen tritt 90 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sechs Arealstaaten nach Nummer 8.4 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Abkommen gebunden zu sein.

8. Beitritt

Nach dem Tag des Inkrafttretens steht das Abkommen den Arealstaaten und den Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen.

9. Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übernimmt die Aufgaben des Verwahrers dieses Abkommens.

Er unterrichtet alle Unterzeichner, Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration sowie das Sekretariat des Bonner Übereinkommens über jede Unterzeichnung, Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, das Inkrafttreten dieses Abkommens, Änderungen, Vorbehalte und Kündigungen.